

"Die Erweiterung nach Osten wird ein langer Weg ins Ungewisse" in Handelsblatt (1. April 1998)

Quelle: Handelsblatt. 01.04.1998. Düsseldorf: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH.

Urheberrecht: (c) 2004 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"die_erweiterung_nach_osten_wird_ein_langer_weg_ins_ungewisse"_in_handelsblatt_1_april_1998-de-b7dbecc5-e6b2-44c5-9298-a696487676e7.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Die Erweiterung nach Osten wird ein langer Weg ins Ungewisse

Beginn der Beitrittsverhandlungen mit sechs Ländern - Die EU selbst hat noch nicht die Strukturen für die Aufnahme neuer Staaten geschaffen

EBERHARD WISDORFF

Für die Europäische Union und ihre elf Beitrittskandidaten beginnt nun die harte Arbeit. Nach der feierlichen und vielfach als historisch beschworenen Einleitung des Erweiterungsprozesses zu Beginn der Woche mit zehn Reformstaaten Mittel- und Osteuropas sowie Zypern wurden am Dienstag die konkreten Verhandlungen mit der Mittelmeerinsel, mit Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland aufgenommen. Neben der sich nun als sicher abzeichnenden Einführung des Euro wird der Erweiterungsprozeß zum zweiten wichtigen Ereignis, das die Europäische Union tiefgreifend verändern wird.

Das Ja zur Ausdehnung der EU vor allem nach Osten stand nach den tiefgreifenden politischen Veränderungen seit Ende der achtziger Jahre nie in Frage. Es war ein langwieriger und manchmal konfliktreicher Weg, bis sich die fünfzehn EU-Staaten einig waren. Dies kommt allein in dem komplizierten Verfahren zum Ausdruck. Nachdem die EU-Kommission unter der Federführung ihres „Außenministers“ Hans van den Broek die Trennung der elf Kandidaten in zwei Gruppen vorgeschlagen hatte, mußten die EU-Länder alles tun, um bei den vorerst zurückgesetzten Bewerbern Lettland, Litauen, Slowakei, Rumänien und Bulgarien kein Gefühl der Diskriminierung aufkommen zu lassen. Eine ursprünglich als Klammer des gesamten Erweiterungsprozesses gedachte, später als Trost für die abgewiesene Türkei umfunktionierte Europakonferenz konnte vor wenigen Wochen in London kaum den Eindruck ihrer Sinnlosigkeit verbergen.

Nur formal ist die EU für die Erweiterung gerüstet. Nächster Schritt wird eine Bestandsaufnahme der Anpassung der Kandidatenländer an den gesetzlichen Besitzstand der Gemeinschaft, das sogenannte „Screening“, sein. Diese analytische Bewertung unternimmt die Kommission auch mit den fünf Ländern, mit denen noch nicht konkret verhandelt wird. Über sie werden außerdem regelmäßige Fortschrittsberichte erstellt, die ihnen eventuell ein Aufschließen zum Kreis der verhandelnden Länder ermöglichen sollen.

Kern der Strategie der Union zur Heranführung der Kandidatenländer sind sogenannte Beitrittspartnerschaften. Sie bilden einen übergreifenden Rechtsrahmen für die Reformprogramme der Bewerber und für alle Formen der Unterstützung durch die EU. Mit jedem Kandidaten werden in einem Zeitplan Prioritäten und Zwischenziele für die Anpassung an das Gemeinschaftsrecht festgelegt. Die finanziellen Zusagen im Rahmen der Beitrittsvorbereitung von knapp 6 Mrd. DM jährlich sollen an die Erfüllung der Anpassungsprogramme gebunden werden.

Wichtiger als dieser formale Rahmen ist die Tatsache, daß die Union ihren alten Grundsatz „Vertiefung vor Erweiterung“ längst aufgegeben hat. Der Erweiterungsprozeß wird ein Weg ins Ungewisse. Erste Aufgabe der EU wird es sein, die überhöhten Erwartungen in den meisten Kandidatenländern zu dämpfen. So äußerten bei der Eröffnungskonferenz mehrere Minister aus den vorerst zurückgesetzten Bewerberländern die Ansicht, bereits Anfang 1999 verhandlungsfähig zu sein.

Möglicherweise wird die mangelnde Aufnahmefähigkeit der Gemeinschaft sich als größeres Hindernis im Beitrittsprozeß erweisen als die mangelnde Anpassung des einen oder anderen Kandidaten. Denn die Union ist entgegen den immer wieder erneuerten Beschwörungen der Regierungschefs ihrer Mitgliedstaaten keineswegs für die Erweiterung gerüstet. Die Londoner Europakonferenz und das Brüsseler Treffen zu Beginn dieser Woche haben mit der Versammlung von jeweils 26 Ministern und den Vertretern der EU-Kommission ein anschauliches Bild für den Rahmen geliefert, in dem die künftige Gemeinschaft ihre Entscheidungen treffen muß. Doch die dringend erforderliche Anpassung der EU-Institutionen ist auf dem Amsterdamer Gipfel im Juni 1997 verschoben worden.

Auch wirtschaftlich und finanziell haben sich die Fünfzehn ohne jede gesunde Basis in den Erweiterungsprozeß gestürzt. Die Vorschläge der Kommission zur Reform der kostenträchtigen Agrarpolitik

und der Strukturfonds, die beide zusammen mehr als achtzig Prozent des EU-Haushalts beanspruchen, sind allenfalls in Ansätzen diskutiert worden und lassen mehr Konflikte als Übereinstimmung erkennen. Das gilt ebenso für den neuen Finanzrahmen für die Jahre 2000 bis 2006 (Agenda 2000). Nettozahler wie die Bundesrepublik oder die Niederlande wollen entlastet werden. Hauptempfängerländer wie Spanien, Griechenland, Portugal und Irland wollen ihren Besitzstand ebenso wahren wie die Bauern in Deutschland. Da zugleich die derzeitige Höchstgrenze für die Einnahmen der EU von 1,27 Prozent des Bruttosozialprodukts beibehalten und nach Meinung des deutschen Finanzministers sogar unterschritten werden soll, ist bis heute nicht ersichtlich, woher die Mittel für die Osterweiterung und ihre Vorbereitung fließen sollen. Ihr Umfang wird in der Brüsseler Vorausberechnung für die Jahre 1999 bis 2006 immerhin auf umgerechnet fast 150 Mrd. DM veranschlagt.

Hinzu kommen in der Mittelmeerregion die politischen Probleme des geteilten Zypern, deren Lösung die EU mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen irrtümlich zu beschleunigen glaubte. Sie hängt überdies ab von dem guten Willen der Türkei, mit deren Beitrittswünschen viele europäische Politiker seit Jahren ein unwürdiges Spiel treiben. Ein glanzvolles Bild bietet die Union trotz des Euro-Optimismus am Startpunkt ihrer Erweiterung kaum.